

Beschluss Demokratiesterben und außenpolitische Aggression: Für eine Neubewertung der transatlantischen Beziehungen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Die USA am Abgrund in den Faschismus

Wer heute die innenpolitischen Entwicklungen der Vereinigten Staaten betrachtet, sieht ein Land, das gefährlich nah an autoritäre Muster rückt. Die demokratischen Institutionen bestehen zwar formal weiter, aber ihre Funktionsfähigkeit wird systematisch ausgehöhlt. Nicht durch einen einzelnen Schockmoment, sondern durch eine Vielzahl politischer Entscheidungen, staatlicher Maßnahmen und gesellschaftlicher Verschiebungen, die sich über Jahre aufgebaut haben. Die USA entfernen sich nicht mit einem großen Sprung von der Demokratie, sondern mit einer Serie kleiner Schritte, die zusammen genommen eine autoritäre politische Realität formen.

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung an der wachsenden Rolle staatlicher Gewalt im Alltag. Die jüngsten ICE-Einsätze zeigen deutlich, wie weit der Staat bereits bereit ist zu gehen.

Die Normalisierung solcher Einsätze zeigt, wie schnell sich demokratische Staaten in Richtung autoritärer Praktiken bewegen können. Nicht durch offene Diktatur, sondern durch den strukturellen Abbau von Rechten und Würde.

Parallel dazu verschärft sich die politische Polarisierung weiter. Die USA bestehen inzwischen aus zwei gesellschaftlichen Sphären, die kaum noch gemeinsame Realitäten teilen. Medienlandschaften, Faktenverständnis, politische Kultur. All das driftet auseinander. In Teilen des Landes entsteht eine politische Kultur, die Kompromisse als Schwäche interpretiert, die Presse als Feind betrachtet und wissenschaftliche Expertise als ideologische Position abwertet. Es ist diese Atmosphäre, in der autoritäre Politik nicht nur möglich wird, sondern aktiv gedeiht. Viele republikanisch regierte Bundesstaaten nutzen sie, um Wahlrechte einzuschränken, trans und queere Menschen zu kriminalisieren, Abtreibung nahezu vollständig zu verbieten und Demonstrationen staatlich zu überwachen oder zu unterdrücken.

Das Bild eines Landes, das sich selbst zersetzt, wird dabei durch strukturelle Ungerechtigkeiten verstärkt. Der Supreme Court ist ideologisch festgefahren und trifft Entscheidungen, die tief in individuelle Freiheitsrechte eingreifen. Der Kongress ist in entscheidenden Fragen blockiert. Gouverneure regieren in manchen Staaten mit harter Hand – teils unterstützt von Milizen oder extremen politischen Gruppen, die zunehmend selbstbewusst auftreten. Die politische Rechte schafft eine Realität, in der die Idee eines „starken Staates“, der mit Härte durchgreift, nicht nur normal, sondern erstrebenswert erscheint.

In diesem Kontext werden ICE-Einsätze nicht mehr als Ausreißer wahrgenommen, sondern als Bestandteil eines größeren politischen Projekts: ein Staat, der über Überwachung, Einschüchterung und staatliche Gewalt versucht, Kontrolle über

bestimmte Bevölkerungsgruppen zu gewinnen. Für viele Beobachter sind die Parallelen zu historischen autoritären Entwicklungen unübersehbar – nicht, weil die USA bereits faschistisch wären, sondern weil sie sich gefährlich nah an Strukturen bewegen, die faschistische Systeme auszeichnen: die Konstruktion innerer Feindbilder, die Entmenschlichung von Minderheiten, die Schwächung demokratischer Gegengewichte und der Aufbau eines staatlichen Gewaltapparats, der kaum noch Grenzen kennt.

Die USA stehen damit nicht am Beginn, sondern mitten in einem demokratischen Erosionsprozess. Ob dieser Prozess umkehrbar ist, hängt davon ab, ob die demokratischen Kräfte im Land stark genug sind, um ihm standzuhalten. Und ob eine Gesellschaft, die kaum noch gemeinsame Fakten teilt, überhaupt noch in der Lage ist, einen kollektiven Widerstand gegen autoritäre Tendenzen zu organisieren. Der Abgrund ist nicht mehr hypothetisch. Er ist da. Die Frage ist nur, ob das Land den Sturz noch verhindern kann.

Imperialismus im Endstadium der fossilen Ära

Das Jahr 2026 markiert den endgültigen Fall der Maske einer wertebasierten Außenpolitik, wodurch die wahre Natur der globalen Ordnung sichtbar wird. Die heutige Weltlage ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat eines intensiven Wettbewerbs zwischen den Großmächten um kritische Rohstoffe und geopolitische Vormachtstellung. Wir sehen diese neue Ära des Imperialismus als die unvermeidliche Konsequenz eines kapitalistischen Systems, das Profitstreben und Wachstum über planetare Grenzen und nationale Souveränität stellt.

Ob durch offene militärische Gewalt in Südamerika oder durch ökonomische und strategische Erpressung in den schmelzenden Regionen der Arktis: Das Ziel bleibt die Sicherung der Vormachtstellung in einer Ära schwindender Ressourcen. Es handelt sich um zwei scheinbar unterschiedliche Schauplätze, die jedoch derselben imperialen Mechanik folgen: dem Zugriff auf Ressourcen und Macht.

Das völkerrechtswidrige Exempel des US-amerikanischen Öl-Imperialismus

Der militärische Übergriff der Vereinigten Staaten von Amerika auf Venezuela im Januar 2026 stellt einen weiteren, eklatanten Bruch des Völkerrechts und der fundamentalen Prinzipien souveräner Staatenbeziehungen dar. Diese einseitige Aggression, die ohne jegliches Mandat internationaler Organisationen erfolgte, untergräbt die Stabilität der gesamten Region und setzt einen gefährlichen Präzedenzfall für zukünftige Interventionen.

Die Entführung Maduros wurde unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" und der "Drogenbekämpfung" durchgeführt. Diese vorgeschobenen Narrative dienen jedoch lediglich als Verschleierung für das wahre Ziel der Intervention: Sicherung des direkten, ungehinderten Zugriffs auf die Erdölreserven Venezuelas und Gewährleistung der Einflussosphäre auf dem südamerikanischen Kontinent.

Die militärische Intervention sollte daher primär als eine geostrategisch motivierte Demonstration von Macht interpretiert werden.

Die Konsequenzen dieser Aggression sind weitreichend:

83 Die seit den 2000er Jahren gewachsene Verflechtung zwischen Venezuela und Kuba
84 hat die kubanische Energieversorgung in hohem Maße von venezolanischen Exporten
85 abhängig gemacht. Seit der US-Intervention in Venezuela im Januar 2026 sind
86 diese Lieferungen jedoch vollständig ausgeblieben: Kein einziger Tanker ist
87 seitdem aus venezolanischen Häfen nach Kuba ausgelaufen, was zu einer akuten
88 Treibstoffknappheit geführt hat. Aktuelle Berichte aus der Medienlandschaft
89 bestätigen die Eskalation: langanhaltende Stromausfälle, geschlossene
90 Tankstellen, eingeschränkte Flughäfen, Krankenhäuser und Müllabfuhr. Diese US-
91 gesteuerte Unterbrechung verursacht eine sich anbahnende humanitäre Krise für
92 die Zivilbevölkerung in Kuba: zunehmende Energiearmut, instabile
93 Gesundheitsversorgung, Einschränkungen bei Ernährungssicherheit, verlängerte
94 Blackouts.

95 Die militärische Intervention droht außerdem, einen regionalen Konflikt
96 auszulösen, da andere lateinamerikanische Staaten die Verletzung der
97 venezolanischen Souveränität als direkte Bedrohung ihrer eigenen nationalen
98 Sicherheit empfinden. Des Weiteren stellt die Aktion eine fundamentale
99 Missachtung der Charta der Vereinten Nationen dar. Dies schwächt die gesamte
100 internationale Rechtsordnung.

101 Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Übergriff auf Venezuela ein
102 Paradebeispiel für imperiale Machtpolitik ist, bei dem geopolitische und
103 wirtschaftliche Interessen über die Grundpfeiler des Völkerrechts gestellt
104 wurden.

105 Wir verurteilen auf das Schärfste sowohl die autoritäre Herrschaft von Nicolás
106 Maduro in Venezuela, die durch die Unterdrückung der Opposition und massive
107 Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist, als auch die völkerrechtswidrige
108 Militärintervention durch die USA.

109 Die Ablehnung der Souveränität eines Staates, nur weil dieser den geopolitischen
110 oder wirtschaftlichen Interessen der USA im Wege steht, ist ein inakzeptabler
111 Bruch internationaler Normen.

112 Ein von außen erzwungener „Regime Change“ stellt niemals eine demokratische
113 Lösung dar. Solche Interventionen sind historisch gesehen fast immer von
114 destabilisierenden Folgen begleitet und dienen primär dazu, die strategischen
115 und wirtschaftlichen Interessen des intervenierenden Staates zu sichern. Eine
116 tatsächliche demokratische und nachhaltige Lösung für die Krise in Venezuela
117 muss von den Menschen in Venezuela selbst entwickelt und getragen werden.

118 Grönland: Souveränität im Fadenkreuz der Arktis- 119 Geopolitik

120 Die Arktis steht an einem kritischen Scheideweg. Angesichts des dramatischen
121 Rückgangs des Eises und der damit einhergehenden Öffnung neuer Schifffahrtswege
122 und des Zugangs zu Ressourcen droht diese sensible Region zum neuen globalen
123 Schauplatz für geostrategische Machtansprüche und Konflikte zu werden. Es ist
124 unerlässlich, dass die internationale Gemeinschaft diesen Trend umkehrt. Die
125 Vorstellung, die Arktis könnte einem Ressourcenkrieg zum Opfer fallen, ist nicht
126 nur ökologisch verheerend, sondern auch politisch brandgefährlich.

127 Die Klimakatastrophe als Katalysator

128 Der Klimawandel, der in der Arktisregion mit beispielloser Geschwindigkeit
129 voranschreitet, spielt den Großmächten zynischerweise in die Hände. Das
130 schmelzende Arktiseis ebnet nicht nur den Weg für die Eröffnung neuer,
131 strategisch wichtiger Handelsrouten. Es legt vor Allem den Zugriff auf bisher
132 unerschlossene Rohstoffvorkommen frei, darunter insbesondere Seltene Erden.

133 Dieser Konflikt um die Arktis ist ein Beispiel dafür, wie der globale
134 Kapitalismus und geopolitische Machtinteressen selbst die größten
135 Umweltkatastrophen in eine neue Bühne für Expansion und Ressourcenraub
136 verwandeln.

137 Der rücksichtslose Wettlauf der Großmächte

138 Um die Kontrolle dieser strategisch wichtigen Ressourcen führen die Großmächte
139 bereits jetzt einen rücksichtslosen Wettlauf:

140 China verfolgt mit seiner "Polar Silk Road" eine langfristige Initiative, um
141 seinen globalen Einfluss und weitreichende Zugangsrechte zu sichern. Russland
142 baut seine militärische Präsenz massiv aus und modernisiert alte Stützpunkte, um
143 Handelswege zu kontrollieren. Die Arktis ist zudem entscheidend für die
144 russische Nuklearstrategie und die USA versuchen, ihre dominante Rolle durch
145 eine Kombination aus geopolitischem Druck und der Nutzung wirtschaftlicher
146 Abhängigkeiten zu festigen, um den Einfluss von China und Russland einzudämmen.

147 Grönland als neues „Beutestück“

148 Die Versuche der USA, die Kontrolle über Grönland zu erlangen, sind
149 vielschichtig: Sie reichen von gezielter ökonomischer Erpressung bis hin zur
150 Drohung einer militärischen Übernahme. Solche Manöver stellen eine massive
151 Missachtung des fundamentalen Selbstbestimmungsrechts der grönländischen
152 Bevölkerung dar. Das Schicksal Grönlands wird damit zu einem weiteren Testfall
153 für die Respektierung der Rechte vermeintlich kleinerer Nationen gegenüber
154 übermächtigen globalen Machtansprüchen.

155 Die Unantastbarkeit der Souveränität Grönlands

156 Die Souveränität Grönlands, als Teil des Königreichs Dänemark mit weitreichenden
157 Autonomierechten, muss unantastbar bleiben. Grönland darf nicht zu einem
158 strategischen Spielball werden, der Sicherheits- und Rohstoffinteressen
159 untergeordnet wird.

160 Jede Integration Grönlands in militärische oder wirtschaftliche Strategien
161 fremder Mächte ohne die volle, freie und informierte Zustimmung der Bevölkerung
162 ist abzulehnen.

163 Die Erschließung arktischer Ressourcen muss unter strengsten Umweltauflagen und
164 unter der Prämisse der Nachhaltigkeit erfolgen.

165 Die Arktis darf nicht als unregulierter Rohstofflieferant oder als militärische
166 Aufmarschzone missbraucht werden. Ihre Stabilität ist für das gesamte Weltklima
167 von entscheidender Bedeutung.

168 Eine dringend nötige Stärkung des internationalen
169 Völkerrechts

170 Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UN) war ein wichtiger
171 Schritt Richtung Frieden – trotz aller Mängel, die sich über die Jahre erwiesen
172 haben. Wir positionieren uns deswegen entschieden gegen neue, konkurrierende und
173 von Autokraten gestützten Gremien wie Trumps Friedensrat. Stattdessen muss die
174 internationale Gemeinschaft gezielte Reformen anbringen, um den Potenzial der UN
175 als Friedensbringer zu verwirklichen.

176
177 Es braucht dringende, umfassende Reformen, so dass wirtschaftliche Überlegenheit
178 kein Grund mehr für Krieg ist. Militärbündnisse, Finanzierung von
179 Geheimdienstoperationen und erhöhte Rüstungsausgaben stellen keine langfristige
180 Perspektive auf Frieden dar. So leiden bspw. FLINTA*s in Afghanistan weiterhin
181 unter bewaffneten Gruppen, die in den 80er Jahren von amerikanischen
182 Geheimdiensten finanziert wurden.

183
184 Die UN kann aktuell nur beschränkt völkerrechtswidrige Verbrechen vorbeugen und
185 inadäquat auf Angriffe reagieren, denn die Interessen einiger weniger Staaten
186 sind durch das Vetorecht geschützt. Immer wieder führt dies zu einer Blockade
187 des Sicherheitsrates.

188
189 Unter dieser Rechtsunwirksamkeit leiden am Ende nur Zivilist*innen. Die Gremien
190 der UN müssen deshalb so gestärkt werden, dass wir die aktuellen und
191 bevorstehende Krisen gemeinsam bewältigen können, und eine egalitäre
192 Zusammenarbeit ermöglicht wird, um die Gleichberechtigung der Staaten zu
193 gewährleisten.

194 Die Landesmitgliederversammlung beschließt, dass der Landesvorstand einen Antrag
195 beim kommenden Länderrat stellt, der unsere außenpolitische Position im
196 Verhältnis zu den USA klar macht.

Begründung

erfolgt mündlich